

EU-LATEINAMERIKA

Kampf um Mercados



WTO-Plus ist im Kasten - dafür sorgte unter anderem Handelskommissar Pascal Lamy (hier am 14. September 2003 in Cancun)

Gesamtamerikanische Freihandelszone contra Mercosur: Beim 3. EU-Lateinamerikagipfel in Mexiko geht es vor allem um die Konkurrenz der EU in Lateinamerika gegenüber den USA.

Wer wird das Rennen machen? Die USA? Die Europäische Union? Seit Jahren basteln Vertreter der US-Regierung mit ihren Kollegen aus lateinamerikanischen Staaten an einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) von Alaska bis Feuerland. Bis Ende dieses Jahres soll das Vertragswerk abgeschlossen sein. Gleichzeitig kämpfen die Europäer um bessere Marktchancen auf dem amerikanischen Südkontinent. Schon jetzt sind sie der Handelspartner Nummer eins des "Mercosur", des "gemeinsamen Marktes des Südens" von Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay. Die EU will mit den Mercosur-Staaten einen gemeinsamen Handelsvertrag unter Dach und Fach bekommen, und zwar möglichst in den nächsten Monaten. Denn "sollte die FTAA Realität werden, bevor das Freihandelsabkommen EU-Mercosur zustande kommt, dann könnte für die europäische Wirtschaft der Zug abgefahren sein", meint Heinz Mewes, der Direktor der Dresdner Bank Lateinamerika AG.

Count-Down um den ersten Vertragsabschluss

Weniger Schutzzölle, der Abbau von Agrarsubventionen oder die Privatisierung von Dienstleistungen - die Standardfragen des Freihandels werden auch dieses Wochenende auf dem "3. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik" im Vordergrund stehen. 58 Staatsoberhäupter haben ihr Kommen angekündigt. Es ist das erste internationale Treffen dieser Rangordnung, auf dem die zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind.

Auf der Tagesordnung stehen "Multilateralismus" und "soziale Kohäsion". Der Gipfel könnte aber auch "die letzte Etappe der Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur einleiten", informiert EU-Handelskommissar Pascal Lamy.

Lamys vorsichtige Formulierung spricht für sich. Im Herbst scheiterte die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im mexikanischen Cancun und damit der Versuch, auf weltweiter Ebene eine weitere Liberalisierung der Märkte festzuschreiben. Vor allem die EU hatte damals darauf gedrängt, die so genannten Singapur-Themen weiter zu verhandeln. Dort soll unter anderem Investoren das Recht eingeräumt werden, gegen Umweltschutz- oder Arbeitsschutzgesetze zu klagen, wenn die den Gewinn eines Unternehmens beeinträchtigen. Über 70 Länder des Südens hatten dies abgelehnt.

Vor allem aber platzte das Treffen, weil sich EU und USA weiterhin weigerten, ihre Subventionierung der heimischen Landwirtschaft und Schutzzölle für Importwaren abzubauen. Wenige Tage vor dem Gipfel von Guadalajara haben die Europäer nun angekündigt, man sei bereit, Zugeständnisse bei den Singapur-Themen zu machen und die Hilfen für heimische Bauern zu streichen - vorausgesetzt, auch große Konkurrenten wie die USA, Australien und Kanada würden mitziehen. "Das heißt: Wir, die EU, machen unser korrektes Vorgehen abhängig von einem Umstand, der nie eintreten wird", reagierte Christian Felber von der Globalisierungskritischen Organisation Attac auf den Vorschlag. Um überhaupt ernst genommen zu werden, hat die EU nun die Einfuhr von Fleischkontin-

genten aus Argentinien und Brasilien in Aussicht gestellt.

Dass die Europäer Hoffnung auf ein erfolgreiches Treffen hegen, hat seinen Grund. Die EU hat in den letzten Jahren zwei bilaterale Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten abgeschlossen: im Jahr 2000 mit Mexiko und im Jahr 2002 mit Chile. Beide Verträge gehen weit über das hinaus, was bislang auf multinationaler Ebene verhandelbar war. So ist mit Chile die mehrheitliche Beteiligung ausländischer Unternehmen bei der Privatisierung von Dienstleistungen bereits festgeschrieben, und im Vertrag mit Mexiko sorgen "Bilaterale Vereinbarungen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen" (BITS) dafür, dass internationale Kapitalanleger kein Risiko eingehen.

"WTO-Plus" nennt EU-Handelskommissar Lamy diese Abmachungen und meint damit, dass die mexikanische Regierung längst unterschrieben hat, was unter dem Titel "Singapur-Themen" auf der Welthandelskonferenz durchfiel. Freiheit beim Abziehen von Kapital ist ebenso garantiert wie adäquate Entschädigung im Fall einer Enteignung. Die BITS haben die Europäer quasi eins zu eins vom umstrittenen Nafta-Vertrag, dem Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada, abgekupfert.

Auch darüberhinaus stehen die Vereinbarungen denen mit den amerikanischen Partner in nichts nach: Die Importe aus Europa nahmen seither zu, während Mexiko nicht mehr Waren auf die andere Seite des Atlantik exportiert hat. Ohnehin sind gut die Hälfte dessen, was exportiert wird, in Mexiko hergestellte Produkte europäischer Firmen, deren Komponenten international eingekauft und die nach Europa verkauft werden. Das kurbelt weder mexikanische Wirtschaft an, noch werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

"Europa ist ein Imperium und führt sich hier genauso auf wie die USA", sagt Alberto Arroyo vom freihandelskritischen Netzwerk RMALC aus Mexiko-Stadt. Dass im Paragraphen 1 des Vertrages mit der EU die Achtung von Demokratie und Menschenrechten festgeschrieben ist, entlockt Arroyo nur ein müdes Lächeln: "Der einzig ausgearbeitete Teil widmet sich dem Freihandel. Was den politischen Dialog und die Menschenrechte betrifft, sind nicht einmal Kontrollmechanismen festgelegt worden."

Menschenrechte, politischer Dialog, soziale Sicherheit - mit solchen Schlagworten tritt die EU auch in den Verhandlungen mit dem Mercosur auf. Der Vertrag mit Mexiko gilt als Vorbild. Doch während dort noch immer über vier Fünftel der exportierten Waren gen USA geliefert werden und die EU gerade einmal mit sechs Prozent beteiligt ist, sieht es für die Europäer auf dem Südkontinent ganz anders aus. Bereits in den neunziger Jahren haben sich europäische Konzerne beispielsweise im argentinischen Dienstleistungssektor breit gemacht: Der spanische Konzern Repsol kaufte sich im Erdöl- und Gasgeschäft ein, die Franzosen von Suez und Veolia ex-Vivendi profitierten von der Privatisierung der Wasserversorgung. "Mit Blick auf Investitionen hat das europäische Kapital das nordamerikanische im Mercosur verdrängt", resümiert Jorge Caprio, der in Buenos Aires die Folgen des Freihandels analysiert.

Effektiver Multilateralismus für neue Weltordnung

Bei den Verhandlungen mit dem Mercosur setzen die Europäer auf eine Ausweitung der Beteiligung in diesem Dienstleistungssektor und auf Geschäfte im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, der lateinamerikaweit 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Die Großen im Mercosur, Argentinien und Brasilien, hoffen vor allem auf eine europäische Marktöffnung für ihre Agrarprodukte. Immerhin leben zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung von der

Landwirtschaft. Profitieren würde aber auch dort vor allem die Agrarindustrie, denn die zahlreichen Kleinbauern produzieren nicht für den internationalen Markt.

Während die Mercosur-Staaten ein Viertel ihrer Exporte mit ihrem Haupthandelspartner EU abwickeln, gehen bislang gerade einmal zwei Prozent der europäischen Waren in die Staaten des Südbündnisses. Der Hinterhof der Europäer liegt im Osten, und mit der EU-Erweiterung wächst ein neuer Markt, aber auch ein neuer Konkurrent für die Latinos heran. Auch die Direktinvestitionen könnten nun noch verstärkter gen Osten fließen, befürchtet Dresdner-Bank-Direktor Mewes. "Vor allem aber werden die Verhandlungen um Importzölle für landwirtschaftliche Güter innerhalb der EU nicht gerade einfacher. Schließlich zählen zu den neuen EU-Mitgliedern agrarproduzierende Staaten wie Polen."

Werden die USA mit der FTAA angesichts der neuen EU-Konstellation also doch schneller sein? Oder wird sich die EU durchsetzen und längerfristig den Dollar im Mercosur als dominante Währung durch den Euro ersetzen? Vieles wird vom Umgang mit Agrarsubventionen und Importschutzzöllen abhängen, und die werden nicht von heute auf morgen gestrichen.

Politisch will man jedenfalls schon mal vorbauen. Seit Wochen wird in Brüssel der Inhalt der Abschlusserklärung für den Gipfel diskutiert. Im Mittelpunkt steht das Thema "Multilateralismus", was deutsch oder französisch buchstabiert eine eindeutige Verurteilung des "unilateralen" Vorgehens der USA im Nahen Osten meint. Die Chancen stehen gut. Auch Argentinien und Brasilien haben gegen den Irak-Krieg votiert, und selbst die gewöhnlich den USA treuen Regierungen von Mexiko und Chile haben den Angriff im Uno-Sicherheitsrat nicht unterstützt. Nun gilt es, wie Martha Bárcena vom mexikanischen Außenministerium erklärte, "einen effektiven Multilateralismus zu erreichen, der dem Aufbau einer neuen Weltordnung dient".

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-Stadt.

Avis

MINISTERE D'ETAT SERVICE DES MEDIAS ET DES COMMUNICATIONS POSTE VACANT

Le Service des Médias et des Communications se propose d'engager

1 employé(e) de la carrière D

à raison de 40 heures par semaine et à durée déterminée pour la période du 28 juillet 2004 au 14 décembre 2004 (remplacement d'un congé de maternité, le cas échéant suivi d'un congé parental).

Les candidats doivent:

- être détenteurs soit d'un diplôme de fin d'études secondaires ou secondaires techniques - division de la formation administrative -, soit d'une attestation portant sur des études à l'étranger reconnues équivalentes par le Ministère de l'Education nationale;
- être de nationalité luxembourgeoise;
- maîtriser parfaitement le luxembourgeois, l'allemand et le français;
- disposer de connaissances approfondies en bureaucratie.

Les candidatures accompagnées des pièces à l'appui (curriculum vitae, diplômes, certificats d'études et de formations supplémentaires, photo récente) sont à adresser pour le 10 juin 2004 au plus tard au

**Ministère d'Etat
Service des Médias et des Communications
Ressources humaines
5, rue Large
L-1917 Luxembourg**
Des renseignements supplémentaires pourront être obtenus par téléphone au numéro 4782166.